

**PROTOKOLL**

über die 11. Sitzung des **Beirates Huchting**,  
am Montag, 16. November 2015, in der Aula  
der Roland zu Bremen Oberschule, Flämische Str. 9

Anwesend: vom Ortsamt      Frau Yildirim, Herr Hobbiesiefken  
  
                 vom Beirat      Frau Averwenser, Frau Batrakow, Frau Cikryt (zeitweise),  
   Herr Golkontt, Herr Krauskopf, Frau Kretschmann (zeitweise),  
   Frau Werner, Herr Blanke, Herr Bodmann, Herr Böse (zeitweise),  
   Herr Bries, Herr Hamen, Herr Horn, Herr Krüger, Herr Rietz, Herr Siepker  
  
                 Gast zu TOP 2      Frau Kummer (Immobilien Bremen)  
  
                 Gast zu TOP 3      Frau Fleischer (Amt für Soziale Dienste Süd)

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr mit der Begrüßung der Bürgerinnen und Bürger, der geladenen Gäste, des stellvertretenden Leiters des Polizeireviere Huchting, Herrn Günther, der Trägervertreter/innen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Huchting, der Vertreter der Presse und der Mitglieder des Beirates eröffnet.

Die fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Das Protokoll der 9. Sitzung 2015 wird genehmigt.

TOP 6 „Besetzung von Fachausschüssen“ wird von der Tagesordnung genommen, da erst die Inhalte und Namen der einzelnen Fachausschüsse neu konzipiert werden sollen. Eine interne Arbeitsgruppe des Beirates wird einen Vorschlag für den Beirat erarbeiten.

Weiter sind im Ortsamt Huchting Anträge der Parteien eingegangen, die sich auf keine Themen der Tagesordnung beziehen und daher laut Geschäftsordnung des Beirates Huchting nicht behandelt werden.

Es wird vereinbart, dass die Fragen der CDU zur derzeitigen Taktung der Linie 8 der BSAG zugeschickt und von einem Vertreter im Fachausschuss Verkehr am 08.12.2015 beantwortet werden sollen. Die Anträge der BiW werden im nächsten Koordinierungsausschuss besprochen.

**Tagesordnung**

1. Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Planungsstand Oberschule Hermannsburg
3. Mittelvergabe für die Arbeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) 2016
4. Restmittelvergabe 2015
5. Anträge
  - Ausweisung von Stadtteilbudgets für den Haushaltsplan 2016/2017
  - Neues Standardisiertes Bewertungsverfahren zur Straßenbahnverlängerung der Linien 1 und 8 in Huchting
6. Verschiedenes
  - u. a. Sachstand über die Situation im Bereich Flüchtlinge in Huchting

Der Beirat Huchting und seine Gäste legen eine Schweigeminute ein, um den Opfern der Anschläge in Paris und Beirut, aber auch den vielen weiteren Opfer, die durch terroristische Attentate ums Leben gekommen sind, zu gedenken.

### **TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**

Es wird berichtet, dass in der Grollander Straße ein „Tempo-30-Schild“ steht, obwohl die Straße zu einer Tempo-30-Zone gehört. Dieses entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen und könnte sogar dazu führen, dass dadurch die Tempo-30-Zone ab der nächsten Straßeneinmündung aufgehoben ist.

Herr Günther bestätigt, dass in einer Tempo-30-Zone kein weiteres Tempo-30-Schild stehen sollte. Er wird den Verkehrssachbearbeiter Huchtings darüber informieren.

Aus dem Publikum wird sich beschwert, dass seit die Holzpfähle im Grünbereich am Anfang der Straße zur Brokhuchtinger Landstraße aufgestellt wurden, auf der Brokhuchtinger Landstraße geparkt wird und es dadurch zu häufigen Staubbildungen kommt.

Frau Yildirim erklärt, dass neben den parkenden Autos noch ein Fahrstreifen von 3,05 Meter frei bleiben muss. Das Parken an dieser Stelle wäre unter dieser Bedingung dort also legal.

Der Beirat verweist das Thema in den Fachausschuss Verkehr.

Herr Danne von der Huchting Initiative gegen die Straßenbahnverlängerung der Linien 1 und 8 berichtet, dass am Freitag, 20.11.2015, um 15.00 Uhr eine Verkehrssimulation stattfinden soll. Die Initiative wird vor dem Center Point beim Roland Center alle drei Minuten für 80-90 Sekunden die Straße sperren, um die Ampelphasen zu simulieren, wie sie bei der geplanten Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 zu erwarten sind.

### **TOP 2 Planungsstand der Oberschule Hermannsburg**

Frau Kummer von Immobilien Bremen (IB) berichtet, dass im Mai 2015 eine Jury getagt und drei Vorschläge von verschiedenen Architektenbüros in eine engere Auswahl genommen hat. Eines der Architektenbüros ist im Laufe der Zeit abgesprungen. Entschieden hatte sich die Jury u.a. für den Entwurf des Architektenbüros Tönies, Schroeter und Jansen aus Lübeck, welches nach Verhandlungen mit IB den Zuschlag erhielt.

Die Schulleitung der Oberschule Hermannsburg und das Finanzressort sind über den aktuellen Planungsstand immer auf dem neusten Stand.

Herr Hartung vom Architektenbüro Tönies, Schroeter und Jansen wird heute den Entwurf zur Schule Hermannsburg vorstellen.

**Einstimmiger Beschluss: Die Rednerliste wird von Anfang an für das Publikum geöffnet.**

Herr Hartung berichtet, dass sein Büro erst einmal eine Analyse des Geländes und der direkten Nachbarschaft vorgenommen hat. Für die Planung des Neubaus war es entscheidend, dass ein Gebäude mit einem großen Volumen auf einer verhältnismäßig kleinen Fläche untergebracht werden muss. Daher ist das Gebäude mit 3 Etagen konzipiert.

Der Neubau soll die Leitidee der Schule widerspiegeln: Die Schule ist offen für alle, tolerant und hilfsbereit. Das neue Gebäude ist daher fröhlich und offen. Es soll so strukturiert sein, dass es die Schüler beim Lernen und die Lehrer beim Unterrichten unterstützt. Das Gebäu-

de soll Einblicke aber auch Ausblicke gewähren. Es wurde darauf geachtet, dass das Gebäude nicht aufdringlich wirkt, sondern zurückhaltend.

Die Musikräume sollen von der Straße aus durch eine große Glasfassade einsehbar sein. Das Schulgebäude ist dreigeschossig geplant. Im Erdgeschoss sollen eine Sporthalle, eine Mensa, eine Küche, einzelne Fachräume und der Hausmeister, im ersten Obergeschoss Fachräume untergebracht werden. Das zweite Obergeschoss ist der Verwaltung vorbehalten und fällt kleiner aus als die darunterliegenden Geschosse.

Das Erdgeschoss und das erste Obergeschoss werden durch jeweils drei Flure gegliedert. Im linken Flur, vom Haupteingang aus gesehen, sollen die Mensa und Musikräume entstehen. Im Flur gegenüber vom Haupteingang sollen die Toilettenanlagen installiert werden. An den rechten Flur soll eine Turnhalle angeschlossen werden, außerdem soll es Fachräume für Werken und Töpfern geben. Hier soll auch der Hausmeister untergebracht werden.

Vom ersten Obergeschoss aus kann von oben auf das Foyer geschaut werden. Im linken Flügel soll eine Lehrküche entstehen, im mittleren Flügel Physik- und Chemieräume, im rechten Flügel Computerräume. Über der Turnhalle soll ein Veranstaltungsraum realisiert werden.

Die Verwaltung im zweiten Obergeschoss soll zur Nordseite mit einer geschlossenen Wand gestaltet werden, um die Kälte nicht ins Gebäude zu lassen. Die Dachkonstruktion ist nach Süden ausgerichtet, um das Gebäude vor starker Sonneneinstrahlung zu schützen.

Parkplätze entstehen linksseitig vom Gebäude und im hinteren Teil des Geländes.

Aus dem Beirat wird sich erkundigt, wie viel Fläche vom Pausenhof für die Parkplätze „geopfert“ wird, wo im Gebäude Fahrstühle vorgesehen sind, ob es im Neubau nur Fachräume geben wird und ob es möglich sein wird, im Bedarfsfall weitere Klassenräume einzurichten.

Herr Hartung erklärt, dass die geplante Größe des Parkplatzes erst einmal nur ein Vorschlag ist, wahrscheinlich wird er kleiner. Außerdem wird es eine Drop-off-Zone geben. Diese ist eine Zone, um ein Absetzen körperlich und geistig Behinderten nah am Schulgebäude zu ermöglichen. Der Ort dieser Drop-off-Zone wird noch mit der Schule geklärt.

Im neuen Gebäude wird es nur Fach- und keine Klassenräume geben. Diese bleiben in den vorhandenen Pavillons bestehen.

Im Eingangsbereich des Gebäudes wird es zwei Aufzüge geben.

Das Architektenbüro hat von der Bildungsbehörde genaue Vorgaben für die Planung erhalten. Als Richtzahl wurde pro Klasse mit 25 Schülerinnen und Schülern gerechnet.

Frau Kummer berichtet, dass der Neubau das marode Gebäude ersetzen soll. Allerdings kommt weitere Fläche dazu. Die jetzt vorhandene Dreizügigkeit der Schule bleibt bestehen.

Frau Braunschweiger, Schulleiterin der Oberschule Hermannsburg, berichtet, dass zwei Drittel der Kosten für den Neubau von Immobilien Bremen und ein Drittel von der Bildungsbehörde getragen werden. Vor der Schließung des maroden Gebäudes war die OS Hermannsburg vierzünftig, allerdings fehlten Räume. Im Neubau sind 1200 m<sup>2</sup> mehr Fläche geplant. Angedacht ist, das Gebäude mit WLAN auszustatten.

Sie ist mit den Planungen erst einmal zufrieden. Als die OS Hermannsburg dreizünftig wurde, wurde die Roland zu Bremen Oberschule vierzünftig.

Sie gibt zu bedenken, dass die Gestaltung des Außengeländes noch nicht finanziert ist. Ein weiteres Problem sieht sie darin, dass es während der Bauphase im Außenbereich erheblichen Platzmangel geben wird, wenn die Turnhalle und das Verwaltungsgebäude abgerissen werden. Dann werden die Parkplätze durch Baumaterialien etc. belegt sein und es kommen täglich ca. 10 Sprinter, welche die beeinträchtigten Kinder zur Schule bringen. Hierfür muss eine Regelung gefunden werden.

Aus dem Beirat wird darauf hingewiesen, dass der Weg zum Parkplatz nicht sonderlich breit ist. Autos, Schüler, Fahrradfahrer und Baufahrzeuge werden sich in die Quere kommen. Es wird sich erkundigt, ob der Zeitplan noch eingehalten wird.

Laut Frau Kummer soll der Neubau Ende 2017 fertig sein. Wegen der Haushaltssperre und weil noch kein neuer Haushalt 2016/2017 beschlossen wurde, ist die Situation schwierig. Auf die Folgen einer Verzögerung wird hingewiesen und das Möglichste getan, Verzögerungen zu verhindern. Immobilien Bremen beschließt nicht über Gelder. Sie haben die finanziellen Kosten für die Haushaltsplanungen berechnet.

Es wird sich erkundigt, ob es aus dem Physiktrakt im ersten Obergeschoss heraus einen Sichtbereich in die Turnhalle geben wird, wie die Belüftung und Beleuchtung geplant ist, ob der Parkplatz verlegt werden kann und wie die Baustellenlogistik geplant ist.

Herr Hartung erklärt, dass es eine natürliche Beleuchtung durch die Fenster geben wird. Für Nebenräume ohne Fenster wird es ein Belüftungssystem geben. Es wird im Bestand gebaut, das heißt, es wird sämtlicher vorhandener Platz des Schulgeländes benötigt. Er ist sich sicher, dass mit der richtigen Terminplanung alles funktionieren wird. Der Baustellenverkehr wird die Nachbarschaft belasten. Von daher soll er sich möglichst auf die Baustelle beschränken.

Herr Aleweld von Immobilien Bremen erklärt, dass die Fläche, die der Neubau einnehmen wird, kleiner ist als die, welche das alte Gebäude eingenommen hat. So gewinnt der Schulhof deutlich an Fläche. Ein Großteil des Parkplatzes wird als Materiallager für Baustoffe genutzt werden. Damit die Nachbarschaft und die Schüler nicht unnötig hoch belastet werden, können den Baufirmen Ruhezeiten auferlegt werden. Der Abbruch des Bestandsgebäudes soll möglichst in den Osterferien passieren. Geplant ist eine Abrisszeit von 3 Wochen.

Es wird ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste gestellt.

### **Einstimmiger Beschluss: Schluss der Rednerliste.**

Aus dem Publikum wird gefragt, ob das Dach begehbar sein oder nur begrünt werden soll.

Laut Herrn Hartung ist das Dach nicht zum Betreten gedacht.

Frau Braunschweiger findet die Osterferien als Zeitraum für den Abriss nicht ideal. In den Sommerferien hätte man mehr Zeit. Außerdem wäre sichergestellt, dass bei einer Verzögerung der Abrissarbeiten die Schüler nicht gestört werden.

Frau Yildirim informiert darüber, dass die Schule diesen Entwurf des Neubaus in der Sitzung der Auswahljury favorisiert hatte. Zwar kann die Verwaltung, wenn sie in der 2. Etage untergebracht ist, ungestört arbeiten, jedoch ist es für Eltern und Gäste schwierig, einen Ansprechpartner zu finden, wenn niemand direkt am Eingang als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Lieferanten wüssten ebenfalls nicht, wo sie sich melden sollen.

Laut Herrn Hartung wird sich das Hausmeisterbüro ebenfalls nicht in der Nähe des Eingangs befinden. Es ist jedoch geplant, ein Leitsystem in Farbe zu installieren. Außerdem werden Monitore Informationen ausstrahlen. Die Anlieferung ist über den rückwertigen Küchenbereich zum Parkplatz geplant.

Der Beirat Huchting nimmt die Planungen zur Kenntnis und dankt den Gästen.

### **TOP 3 Mittelvergabe für die Arbeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) 2016**

Frau Fleischer ist im Amt für Soziale Dienste Süd als Referatsleitung Junge Menschen tätig. Sie berichtet, dass es aufgrund der Haushaltssperre kein Geld für die Träger zum Verteilen gibt. Daher ist eine Verteilung nur auf Grundlage der Mittelzuweisungen des letzten Jahres möglich. Sie bittet den Beirat, die Senatorin für Soziales aufzufordern, das Geld für OKJA freizugeben. Außerdem sollen die Bürgerschaftsparteien von den Beiratsfraktionen auf die Problematik aufmerksam gemacht werden.

Frau Stahmann hatte auf einer früheren Sitzung gesagt, dass sie ein Budget für 2016 für die einzelnen Stadtteile nennen wird. Dieses ist noch nicht geschehen. Im Moment ist es noch so, dass einige Stadtteile mehr Mittel bekommen, als ihnen nach den zugrunde gelegten Sozialindikatoren (SI) zustehen würde. Andere Stadtteile, unter anderem Huchting, bekommen weniger als ihnen zusteht. Für das Jahr 2015 bekam Huchting 545.000 Euro statt 635.000 Euro.

Eigentlich war geplant, im nächsten Jahr mehr im Bereich der Robinsbalje zu tun. Da jedoch wahrscheinlich keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen, kann dort kein zusätzliches Angebot stattfinden.

Der Betreiber des Jugendfreizeitheims Huchtings, die Outlaw gGmbH, bekommt im kommenden Jahr etwas mehr Geld als in diesem Jahr, da dieses Jahr ein Mitarbeiter nur für neun Monate beschäftigt war, 2016 jedoch für zwölf Monate bezahlt werden muss.

Frau Fleischer stellt die geplanten und vom Controllingausschuss dem Beirat zum Beschluss vorgeschlagenen Summen auf Grundlage der Bewilligungen aus 2015 vor.

Die Träger haben insgesamt Anträge in Höhe von 570.186,94 Euro gestellt, der CA hat einen Vorschlag über Mittel in Höhe von 538.171,51 Euro erarbeitet, die sich wie folgt verteilen:

Stadtteolfarm Huchting 144.450 Euro (151.000 Euro beantragt), Outlaw gGmbH 138.298 Euro (142.224,07 Euro beantragt), Mädchentreff 113.932,12 Euro (117.932,12 Euro beantragt), Mädchentreff Robinsbalje 3.250,72 Euro (5.051,20 Euro beantragt), Angebot an der OS Hermannsburg 14.259,16 Euro (15.672,42 Euro beantragt), Evangelische St. Matthäus Gemeinde 1.022,40 Euro (wie beantragt), Alten Eichen Jungenarbeit 7.871,58 Euro (8.343,48 Euro beantragt), Alten Eichen Jungenarbeit Robinsbalje 8.492,94 Euro (8.955,59 Euro beantragt), Alten Eichen Jungengruppe 12+ 11.939,98 Euro (wie beantragt), Boxzeile Huchting 7.342,96 Euro (8.409,08 Euro beantragt), Alten Eichen Robinsbalje 44.508,46 Euro (49.752,91 Euro beantragt), Rap-Projekt 2.305,56 Euro (8.840,50 Euro beantragt), VAJA Mädchenarbeit 3.830,00 Euro (wie beantragt), VAJA Jungenarbeit 4.907,04 Euro (wie beantragt), VAJA Streetwork 6.742,00 Euro (wie beantragt), VAJA Robinsbalje 11.700,79 Euro (wie beantragt), VAJA Sport 2.950,00 Euro (wie beantragt), KiTa Redaktionsgruppe 2.863,80 Euro (wie beantragt).

Der Bund der Pfadfinder hat für das kommende Jahr keinen Antrag gestellt. Der Controllingausschuss hat sich dafür entschieden, dass dieses Geld erst einmal im „Topf“ bleiben soll.

Frau Fleischer wird jetzt Bescheide schreiben, mit denen die Einrichtungen 1/14 des ihnen wahrscheinlich zu bewilligenden Geldes monatlich bekommen. Diese Bescheide sind jedoch vorläufig.

Aus dem Beirat wird berichtet, dass noch nicht klar ist, von welcher Summe 1/14 pro Monat berechnet werden soll. Es ist geplant, dass sie 1/14 monatlich vom letztjährigen Budget auf jeden Fall bekommen sollen.

Frau Yildirim ergänzt, dass die Einrichtungen mit den 1/14-Bescheiden keine Planungssicherheit für das ganze Jahr haben. Die Träger könnten jetzt darstellen, welche Probleme sie dadurch bekommen.

Aus dem Beirat wird gesagt, dass Huchting 2014 schon 14.600 Euro weniger bekommen hatte, als Anträge vorlagen. Dieses Jahr waren es 19.000 Euro. Im letzten Jahr durfte der Beirat Huchting die Problematik in der Bürgerschaft vorstellen. Nach den Sozialindikatoren stehen Huchting eigentlich 635.000 Euro zu. Durch stufenweise Anpassung bis 2018 soll Huchting dann endlich die ihm zustehende Summe bekommen. Es ist wichtig, schon 2016 diese Summe zu bekommen. Gerade vor dem Hintergrund des großen Flüchtlingszustroms und den damit verbundenen Mehrbedarfen. Die Träger sind schon ohne die Flüchtlingskinder an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Der Beirat soll daher die Summe einfordern, die Huchting nach den Sozialindikatoren zusteht.

Eine mögliche Konsequenz wäre, dass es Einschnitte bei der Ferienbetreuung geben wird, was zu Problemen für die berufstätigen Eltern führen kann. Um seine Ansprüche durchzusetzen, könnte Huchting sich mit anderen Stadtteilen zusammentun.

Herr Bries berichtet, dass es bereits ein Treffen der Beiratssprecher der benachteiligten Stadtteile gegeben hat. Man war sich einig, dass eine Umverteilung durchgesetzt werden muss. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass in Stadtteilen, die zurzeit überversorgt sind, Einrichtungen geschlossen werden müssen. Daher ist die zentrale Forderung, dass insgesamt mehr Geld für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden muss.

Aus dem Beirat wird appelliert, die einzelnen Stadtteile nicht gegeneinander auszuspielen. Bis zum 14.02.2016 ist es noch möglich, eigene Anträge zum Haushalt einzureichen.

Aus dem Publikum wird gesagt, dass nicht die Senatorin über die Mittel für OKJA entscheidet, sondern die Bürgerschaft. Der Beirat Huchting hat sich immer für die Träger im Stadtteil eingesetzt. Der Beirat soll den Mehrbedarf für die Haushaltsplanungen melden. Es wird sich erkundigt, ob wegen fehlender Mittel Projekte nicht stattfinden konnten.

Frau Fleischer gibt dem Beirat auf den Weg, die Sozialsenatorin zu bitten, die Gelder für OKJA aus der Haushaltssperre herauszunehmen. Sie ist als Verwaltung an die Vorgaben aus der Politik gebunden. Sie bestätigt, dass einige geplante Projekte nicht stattfinden könnten und auch beim Ferienprogramm gespart werden könnte.

Aus dem Beirat wird berichtet, dass die Situation im letzten Jahr ähnlich war und der Beirat für die Huchting eigentlich zustehenden Mittel gekämpft hatte. Es ist wichtig, dass der Beirat sich für Huchting einsetzt und keine Parteipolitik betreibt.

Frau Yildirim informiert, dass der Beirat in der September-Sitzung die Sozialsenatorin aufforderte, Huchting die zustehenden 635.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Es ist jedoch nichts geschehen. Der Beirat sollte zusätzlich die Forderung stellen, die entsprechenden Mittel in die Haushalte 2016/17 einzustellen.

Herr Rieche von der Stadtteilmfarm Huchting beteuert, dass die 1/14-Bescheide in dieser Situation erst einmal wichtig sind, damit die Einrichtungen überhaupt Geld bekommen und planen können. Die wirklichen Bedarfe der einzelnen Einrichtungen sind natürlich deutlich höher. Er rechnet nicht vor September 2016 mit einem neuen Haushalt. Für einige Einrichtungen geht es um die Existenz, ein finanziell hinterlegter Etat muss schnell her. Er bittet den Beirat darüber hinaus, die Mittel einzufordern, die Huchting nach den Sozialindikatoren zustehen würden.

Aus dem Beirat wird appelliert, heute einen Beschluss zu fassen, sonst haben die Einrichtungen ab Januar 2016 kein Geld mehr.

Derzeit gibt es eine Haushaltssperre, mit dem Haushalt 2016 wird ebenfalls nicht vor Juni 2016 gerechnet. Der Beirat soll einen Beschluss fassen, dass die Mittel auf Grundlage der Bewilligungen vom letzten Jahr erstellt werden. Außerdem soll es einen Beschluss geben, dass Huchting 635.000 Euro zur Verfügung gestellt bekommt.

Aus dem Beirat wird darum gebeten, die OKJA-Mittel 2016 von der 1/14-Regelung auszunehmen und stattdessen den gesamten Betrag auszuführen.

Herr Bries stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste.

**Einstimmiger Beschluss: Die Rednerliste wird geschlossen.**

Aus dem Publikum wird gesagt, dass die Summe von 635.000 Euro die Huchting zusteht, sich aus den Sozialindikatoren für den Stadtteil errechnet. Daher kann er diese einfordern, mehr zu fordern ist jedoch eine andere Sache.

Aus dem Beirat wird gesagt, die Summe einzufordern, ist in Ordnung. Die durch die 1/14-Regelung bedingte Reduzierung der monatlich zur Verfügung stehenden Summe muss in Kauf genommen werden, damit die Träger überhaupt arbeiten können.

**Einstimmiger Beschluss: Der Beirat Huchting beschließt vorbehaltlich der Bewilligung der Mittel 2016 der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) auf Grundlage der Mittel 2015 die vom Controllingausschuss Huchting vorgeschlagene Verteilung der Mittel 2016.**

**TOP 4 Restmittelvergabe 2015**

Frau Yildirim berichtet, dass, aufgrund einer zu geringen Bewerberzahl für die Jugendbeiratswahl, diese verschoben wurde. Daher sind weitere Beiratsmittel, die für die Ausrichtung der Wahl reserviert waren, frei geworden. Der Beirat hat somit noch ca. 7.900 Euro zur Verfügung. Hierfür wird es keine dritte Globalmittellrunde geben.

Die Wählervereinigung Bürger in Wut hat für die Restmittelvergabe 2015 einen Antrag gestellt. Herr Hamen verliert den Antrag:

„Schon vor einigen Jahren hatte der Beirat das Thema Stadteilmöblierung angesprochen, jedoch gab es dann andere Projekte, die realisiert wurden. Nun möchte ich es wieder zum Thema machen, da vermehrt danach gefragt wird und der Stadtteil sicher gut davon profitieren kann. Auch in der Stadtteilgruppe ist es angesprochen worden, wir können also damit rechnen, auch von dort Vorschläge zu erhalten. Ich habe einen Plan beigefügt, auf dem die eingefügten Smileys mögliche Standorte darstellen, ich bitte das nur als erste Vorschläge zu werten! Wir hätten die Möglichkeit, uns für die richtigen Standorte und natürlich auch der entsprechenden Bänke usw. Gedanken zu machen um die richtigen Entscheidungen zu treffen, sollten aber vom Grundsatz her den folgenden Beschluss fassen:

Mit den restlichen Globalmitteln 2015 werden Stadteilmöblierungen (Bänke, Papierkörbe etc.) finanziert.“

Aus dem Beirat wird vorgeschlagen, einen Termin zwischen Bürgern und dem Beirat zu finden, um sich Standorte im Stadtteil für Bänke anzusehen. Außerdem sollten Jugendbänke aufgestellt werden.

Aus dem Beirat wird darauf hingewiesen, dass sich bei der Aufstellung von Papierkörben Folgekosten ergeben. Es sollten lieber Baumpflanzungen in der Hermannsburg vorgenommen werden.

Frau Yildirim macht darauf aufmerksam, dass für die Abwicklung der Globalmittel 2015 nicht mehr viel Zeit bleibt, da Anfang Dezember Kassenschluss ist. Daher schlägt sie vor, dass der Umweltbetrieb Bremen vom Beirat mit der Organisation beauftragt wird. Papierkörbe im öffentlichen Raum werden alle zwei Wochen geleert. Dieses ist mit dem Umweltbetrieb Bremen im Vorfeld schon geklärt worden.

Aus dem Beirat wird es als unpassend empfunden, knapp 8.000 Euro für Bänke auszugeben. Es wird sich erkundigt, ob von dem Geld nicht Schulbücher angeschafft werden können.

Frau Yildirim erklärt, dass die Anschaffung von Schulbüchern Sache der Bildungsbehörde ist.

Herr Rieche berichtet, dass bei der Feuerstelle der Stadtteilmfarm der Unterstand verfault ist. Dieser müsste abgerissen und neu aufgebaut werden. Er beziffert die Kosten auf ca. 10.000 Euro.

Aus dem Beirat wird Skepsis geäußert, das Geld nur für einen Zweck einzusetzen. Die Mittel sollen lieber für die Träger im Stadtteil eingesetzt werden. Das Ortsamt Huchting könnte ein dritte Globalmittelrunde eröffnen und eine Anzeige in der Zeitung schalten.

Laut Frau Yildirim ist die Globalmittelvergabe mit einem großen Zeitaufwand verbunden, eine dritte „Globalmittelrunde“ ist daher nicht möglich. Und nun einem Träger, der heute zufällig anwesend ist und einen Bedarf anmeldet, dass restliche Geld zur Verfügung zu stellen, ohne dass andere Träger auch die Chance haben, ist nicht fair. Den Trägern müsste darüber hinaus genug Zeit zur Verfügung stehen, drei Kostenvoranschläge einzuholen, die Parteien müssten über die Anträge beraten können, der Finanzausschuss eine Empfehlung abgeben und der Beirat darüber scheiden. Dieses ist in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Der Beirat stimmt darüber ab, ob eine dritte Globalmittelrunde ausgelobt wird oder ob heute über die Bereitstellung der Mittel für Bänke und Mülleimer beschlossen werden soll. Für eine dritte Globalmittelrunde stimmen 5 Beiratsmitglieder, für Bänke und Mülleimer 8. Zwei Beiratsmitglieder enthalten sich.

**Beschluss: Von den Restmitteln des Beirates werden Bänke und Tische für den Stadtteil angeschafft. Der Umweltbetrieb Bremen wird mit der Organisation beauftragt.**

#### **TOP 5 Anträge**

- **Ausweisung von Stadtteilbudgets für den Haushaltsplan 2016/2017**
- **Neues und Standardisiertes Bewertungsverfahren zur Straßenbahnverlängerung der Linien 1 und 8 in Huchting**
- 

#### **Ausweisung von Stadtteilbudgets für den Haushaltsplan 2016/2017**

Herr Horn hatte hierzu einen Antrag für die Partei Die Linke gestellt, zieht diesen aber zugunsten des gemeinsamen Antrags des Beirates zurück.



Frau Werner verliest den Antrag im Namen des Beirates:

„Der Beirat Huchting beantragt bei

- dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr,
- der Senatorin für Kinder und Bildung und
- der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen und Integration,

dass diese im Rahmen der Aufstellung des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen für die Jahre 2016/2017 in ihren Haushaltsentwürfen im Rahmen ihrer zu bildenden Ressort-Eckwerte auf den Bremer Stadtteil Huchting bezogene Mittel (Stadtteilbudget) gemäß § 32 Abs. 4 Ortsbeirätegesetz ausweisen und diese Ausweisungen im Haushaltsplan in die Haushaltsberatungen der zuständigen Gremien der Stadtgemeinde Bremen einbringen.“

Begründet wird der Antrag damit, dass im neuen Beirätegesetz in Paragraph § 32 die Mitwirkung der Beiräte an der Haushaltsaufstellung ausgeführt ist. In Absatz 3 werden die Globalmittel festgeschrieben, in Absatz 4 die Stadtteilbudgets. Hier heißt es, dass in den Einzelplänen der Ressorts die stadtteilbezogenen Mittel (Stadtteilbudgets) eingestellt werden sollen, über die die Beiräte gemäß § 10 Absatz 3 entscheiden.

Der Beirat kann also seine Anträge an die Ressorts der Bereiche Soziales, Bildung, Umwelt, Verkehr, Stadtentwicklung stellen und die Stadtteilbudgets dort in Anspruch nehmen.

Das neue Beirätegesetz ist seit 25.4.2013 in Kraft getreten und bis heute wurde in den zuständigen Ressorts kein Stadtteilbudget ausgewiesen.

Der Beirat Huchting begrüßt, dass im Eckwertebeschluss 2016/2017 des Senats vom 29.9. unter Punkt 23 die Ressorts erstmals gebeten werden, Stadtteilbudgets einzustellen.

Der Beirat Huchting fordert daher die zuständigen Senatorinnen und den Senator auf, die Stadtteilbudgets in ihren Einzelplänen einzustellen.“

**Einstimmiger Beschluss: Der Beirat Huchting beantragt bei**

- dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr,
- der Senatorin für Kinder und Bildung und
- der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen und Integration,

**dass diese im Rahmen der Aufstellung des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen für die Jahre 2016/2017 in ihren Haushaltsentwürfen im Rahmen ihrer zu bildenden Ressort-Eckwerte auf den Bremer Stadtteil Huchting bezogene Mittel (Stadtteilbudget) gemäß § 32 Abs. 4 Beirätegesetz ausweisen und diese Ausweisungen im Haushaltsplan in die Haushaltsberatungen der zuständigen Gremien der Stadtgemeinde Bremen einbringen.**

Herr Horn hat für die Partei Die Linke einen Antrag für ein neues Standardisiertes Bewertungsverfahren zur Straßenbahnverlängerung der Linien 1 und 8 in Huchting gestellt.

Die Linke möchte vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wissen, ob sich die Verlängerung für die BSAG und Bremen rechnet. Der Förderungsquotient, der Voraussetzung für die Förderung durch den Bund ist, dürfte sich verschlechtert haben. Zahlen aus der Verlängerung in Lilienthal zeigen zum Beispiel, dass die Fahrgastzahlen viel höher angesetzt worden sind, als sie tatsächlich zutreffen und die Investitionskosten in die Strecke ebenfalls deutlich steigen. Eine Kostensteigerung bei dem Vorhaben in Huchting ist somit sehr wahrscheinlich. Es wird gefordert, ein neues Standardisiertes Bewertungsverfahren vorzunehmen.

Aus dem Beirat wird darauf hingewiesen, dass das Standardisierte Bewertungsverfahren Sache des Bundes ist, da diese zwingend für eine Förderung vorgeschrieben ist. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kann daher nicht zur Neuberechnung aufgefordert werden.

Herr Danne von der Huchtinger Initiative berichtet, dass der Bund die Standardisierte Bewertung fordert und Bremen diese liefern muss. Er weiß, dass in Berlin noch keine Entscheidung gefallen ist.

**Einstimmiger Beschluss (bei 1 Enthaltung): Der Beirat Huchting fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, auf die zuständigen Behörden hinzuwirken, dass diese erneut eine Standardisierte Bewertung für die Straßenbahnverlängerung durch Huchting vornehmen, in die die aktuellen Zahlen und Werte einfließen.**

## **TOP 6 Verschiedenes**

a. Sachstand über die Situation im Bereich Flüchtlinge in Huchting

Übergangswohnheim Wardamm: Derzeit sind dort 175 Personen untergebracht, davon 44 Kinder. 14 Kinder sind unter 2 Jahren alt. 10 Kinder sind zwischen 3 und 5 Jahren, diese haben alle keinen KiTa-Platz. 7 Kinder sind zwischen 6 und 10 Jahren. Alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr haben einen Schulplatz. Jugendliche ab 16 Jahren müssen häufig mehrere Monate auf einen Schulplatz warten.

Notunterkunft Delfter Straße: In der Turnhalle des Alexander von Humboldt Gymnasiums können bis zu 100 Personen untergebracht werden. Die Plätze sind immer alle belegt. Dort sind 4 Kinder zwischen 3 und 5 Jahren und insgesamt 28 Kinder und Jugendliche.

Übergangswohnheim Huchtinger Heerstraße: 49 Personen sind hier untergebracht, von denen 19 Kinder sind. Alle Kinder werden beschult. Fünf Kinder unter 6 Jahren sind ohne KiTa-Platz.

In einigen Räumen gab es Schimmelbefall, der nun entfernt wurde. Zwischenzeitlich ist in einigen Räumen das Laminat hoch gekommen und der Investor und die Baufirma mussten sich erstmal einigen, wer für den Schaden aufkommt. Dieses ist inzwischen geregelt. Der Feuerschutz ist noch nicht komplett.

Frau Drümmer von der DEVA berichtet aus der Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Luxemburger Straße 50. Die Jugendlichen sollen nicht lange dort bleiben, da es Ziel ist, sie in stationäre Einrichtungen zu vermitteln. In der Unterkunft werden täglich zwei Deutschkurse angeboten. Derzeit sind 47 Jugendliche untergebracht, 3 Plätze werden wieder besetzt. Für die Jugendlichen werden Hausaufgabenhilfen gesucht. Sie findet, dass alle sehr lern- und wissbegierig sind. Die Jugendlichen besuchen häufig das Jugendfreizeitheim Huchting und dürfen an Karate-Kursen in der Halle des TuS in der Luxemburger Straße 50 teilnehmen.

Aus dem Publikum wird angemerkt, dass es für die Schüler des Alexander von Humboldt Gymnasiums Probleme mit dem Abitur geben könnte, da die Sporthalle nicht genutzt werden kann. Außerdem wird berichtet, dass die Halle der Wilhelm Wagenfeld Schule auf dem vierten Platz für eine weitere Belegung mit Flüchtlingen steht.

b. Beirätekonferenz

Herr Bries berichtet, dass am 11.11.2015 eine Beirätekonferenz stattgefunden hat. Dort gibt es ein Rederecht für alle Beiratsmitglieder.

Stefan Markus, Beiratssprecher Obervieland, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Seine Vertreter sind Barbara Schneider, Beiratssprecherin Schwachhausen und Stefan Quaß, Beiratssprecher in Horn-Lehe.

Es wurde über die Novellierung des Beirätegesetzes gesprochen und beschlossen, dass weiterhin nur die Beiratssprecher bzw. bei Verhinderung, die Stellvertreter ein Stimmrecht in der Beirätekonferenz haben.

Außerdem wurden eine AG Globalmittel und eine AG Sitzungsgelder gegründet.

Wenn Anträge eingereicht werden, müssen mindestens fünf Beiräte diese unterstützen.

Es soll auch wieder einen Regionalausschuss Bahnlärm geben. Ein Beiratsbereich muss die Ausrichtung übernehmen, laut Beirätegesetz derjenige, der diesen zuerst beschlossen hat.

Ende der Sitzung: 21.50 Uhr

Beiratssprecher  
gez. Herr Bries

Sitzungsleiterin  
gez. Frau Yildirim

Protokoll  
gez. Herr Hobbiesiefken